

Antrag zum Haushaltsplanentwurf 2018 gemäß § 8 der Geschäftsordnung

Sitzungsdatum	Fachausschuss/Gremium
07.12.2017	Ausschuss für Verwaltungsreform, Finanzen, Personal und Organisation
12.12.2017	Regionausschuss
19.12.2017	Regionsversammlung

Seite Entwurf	Teilhaushalt Nr. / Bezeichnung
695 ff.	805712 Strukturentwicklung

Beantragte Änderung:	<p>Änderung der Förderungsmodalitäten bei der Vergabe von Fördergeldern (Beispiele: Halle 96 oder Venturevilla).</p> <p>Einführung des Prinzips der Förderung und anschließender Beteiligung der Region am Erfolg.</p> <p>Sicherstellung der Unterbindung von Dauer- subventionierungen.</p>
Begründung:	<p>Die Transferaufwendungen zur Finanzierung des Geschäftsbetriebs der „hannoverimpuls GmbH“ (im folgenden hannoverimpuls genannt) sind für das Jahr 2018 mit 2.765.000,00 €¹ in dem Haushaltsplanentwurf 2018 berücksichtigt.</p> <p>Die AfD Fraktion erkennt, dass die Wirtschaftsförderung ein wichtiger Teil der Zukunftsorientierung der Region Hannover ist. Nur ein attraktiver Wirtschaftsstandort sichert Steuereinnahmen und Arbeitsplätze. Eine gute Wirtschaftsförderung wirkt in mehrfacher Hinsicht. Neben den steigenden Gewerbesteuererträgen und den durch die umgelegten Ertragssteuern steigenden sonstigen Einnahmen der Region Hannover sorgt geschaffene Beschäftigung außerdem für eine Entlastung der Sozialsysteme.</p> <p>¹ Haushaltsplanentwurf 2018 der Region Hannover, S. 695.</p>

Aus unserer Sicht verknüpft hannoverimpuls die Erreichung der gewünschten Effekte (Beschäftigung und Steuereinnahmen) nicht ausreichend mit den Anforderungen an die „Nutzer“ der Projekte von hannoverimpuls. Hier sehen wir als AfD Fraktion haushaltswirksamen Verbesserungsbedarf.

Leistungen von hannoverimpuls an Unternehmen oder Gesellschaften, die im Begriff sind Unternehmen zu werden, sind häufig nicht an Auflagen gebunden. Jedenfalls entzieht sich die Mittelvergabe der Kontrolle der Region Hannover.² Die Vergabeverfahren von hannoverimpuls mögen strukturiert sein, der Maxime von Förderung der Beschäftigung und Steigerung von Steuereinnahmen folgen sie nach unserer Auffassung nicht.

Beispielhaft hierfür steht das Teilprojekt „Halle96“ in dem Unternehmen der Kreativwirtschaft über verbilligte Überlassung von Räumen und Nutzung von Infrastruktur (Drucker, Konferenzräume, etc.) gefördert werden. In der Liste der geförderten Unternehmen³ finden sich Messebauunternehmen, Make-up Artists und ein Discjockey. Nach Meinung der AfD Fraktion Unternehmen, die auf dem freien Markt bestehen müssen. Zumindest erkennen wir nicht, weshalb beispielsweise ein Messebauunternehmen durch verbilligte Miete und verbilligte Nutzung weiterer Infrastruktur der Halle96 anderen Messebauunternehmen gegenüber bevorteilt werden sollte. In der Förderung der Unternehmen im Rahmen des Projekts „Halle96“ sehen wir zudem die Grenze zur Übernahme des Unternehmerrisikos überschritten. Die Kosten für ein Standardbüro in den Räumen der Halle96 belaufen sich auf monatlich 230,00 €⁴ einschließlich (sic) der Vorauszahlungen für Heizung und Strom. Auf dem freien Immobilienmarkt fallen für Büros vergleichbarer Lage und Ausstattung Kosten von etwa 1.000,00 € monatlich an. Die Höhe der Begünstigung entbindet die Unternehmen jedenfalls von einem Großteil des unternehmerischen Risikos.

Auch die sogenannte „Venturevilla“, ein Projekt von hannoverimpuls, dass Unternehmen in der Vorgründungsphase unterstützt, steht in dieser Tradition. Bei der Venturevilla stand im Verlauf des Jahres 2017 gar die Fortsetzung des Projekts zur Diskussion.⁵ Auch bei der Venturevilla entscheidet allein das „Team“ der Villa gemeinsam mit sogenannten Mentoren über die Förderung eines zukünftigen Unternehmens. Aus Sicht der AfD Fraktion müssen die Ziele von Wirtschaftsförderung mit den Anforderungen an durch hannoverimpuls zu fördernde Unternehmen im Einklang stehen. Die faktische Übernahme des Unternehmerrisikos durch hannoverimpuls lehnen wir ab. Wir sehen uns in dieser Haltung durch einschlägige Kommentare zum NKomVG bestätigt.⁶

² Anfrage des Regionsabgeordneten Peer Lilienthal vom 06.04.2017, Antwort der Regionsverwaltung vom 18.04.2017, S.2.

³ www.wirtschaftsfoerderung-hannover.de/hannoverimpuls/Gründung-und-Entrepreneurship/Büro-und-Arbeitsflächen/HALLE-96, Mieterliste, Stand 05.11.2017.

⁴ www.wirtschaftsfoerderung-hannover.de/hannoverimpuls/Gründung-und-Entrepreneurship/Büro-und-Arbeitsflächen/HALLE-96, Mietkosten Musterbüro, Stand 07.11.2017.

⁵ HAZ vom 06.06.2017.

⁶ Kommentar zum NKomVG, 1. Auflage, 2011, Kohlhammer, Thiele, S. 8 f.


Die AfD Fraktion schlägt vor, dass zukünftig die Auswahl der zu fördernden Unternehmen in Abstimmung mit der Regionsverwaltung erfolgen möge. Außerdem fordern wir, dass die Förderung grundsätzlich auf drei Jahre begrenzt wird. In begründeten Einzelfällen kann die Förderung um zwei Jahre verlängert werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Regionsversammlung. Wir fordern weiter, dass ein „Förderungskonto“ mit Beginn der ersten Förderung eingerichtet wird. Auf diesem Konto sollen Unternehmen alle Förderungen, die dem Unternehmen seitens hannoverimpuls gewährt wurden, erfasst werden. Nach Ende der Förderung gibt das Unternehmen einen geringen Teil der erhaltenen Zuwendungen zurück. Beispielsweise könnte ein Unternehmen nach der Förderung für drei Jahre 10 % des Gewinns (EBT) an die Region abführen. Sollte das Unternehmen jedoch mindestens eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle geschaffen haben (ausgenommen Unternehmer, Gesellschafter und sonstige Anteilseigner) und diese für mindestens zwölf Monate halten, so entfielen die Abführung an die Region.

Die AfD Fraktion spricht sich zudem dagegen aus, dass Unternehmen oder Unternehmer eine Förderungshistorie innerhalb von hannoverimpuls entwickeln. Sollte nach der initialen Förderung, beispielsweise im Rahmen der Vorgründungsphase, weitere Förderungen folgen, so ist an die neuerliche Förderungsvergabe ein strenger Maßstab zu setzen.

Plakativ: Die AfD fordert eine gute Förderungsbegleitung durch die Regionsverwaltung. Die AfD möchte kein Unternehmen dauerhaft gefördert wissen. Die AfD erwartet, dass wer lange von Wirtschaftsförderung profitiert hat, auch bereit ist unmittelbar etwas zurückzugeben.

Hannover, den den 16.11.2017

Mit freundlichen Grüßen


(Fraktionsvorsitzende/r)